

**Frühe Neuzeit und Befreiungskriege in den Erinnerungskulturen
von Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik 1933-1989
und ihre Bedeutung für die aktuelle Auseinandersetzung
um die historische Verortung des wiedervereinigten Deutschlands**

Workshop veranstaltet vom Lehrstuhl für die „Geschichte der Frühen Neuzeit
unter besonderer Berücksichtigung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“
der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg
in Kooperation mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg
Hamburg, 5. bis 6. Dezember 2008

Welchen Ereignissen und Persönlichkeiten historische Bedeutung beigemessen wird, welches geschichtliche Erbe ins kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft eingeht und welche Erinnerungskultur sie pflegt, hängt von unterschiedlichen Einflussfaktoren ab. Den Interdependenzen sowie den Formen der Erinnerung an Geschichte war Anfang Dezember 2008 ein Workshop an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU) gewidmet. Insgesamt 15 Referentinnen und Referenten beschäftigten sich zwei Tage lang mit den formellen und inhaltlichen Kontinuitäten und Differenzen der deutschen Erinnerungskulturen des 20. Jahrhunderts in den beiden Diktaturen und der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung. Im Fokus standen dabei mit dem Bauernkrieg (1524-1526), dem friderizianischen Preußen im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) und den Antinapoleonischen Kriegen (1813-1815) bewusst drei historische Ereignisse der deutschen Geschichte, die im Kanon der aktuellen Erinnerungskultur – man blicke nur auf die Lehrpläne der Schulen – eine allenfalls untergeordnete Rolle spielen.

Die Frühe Neuzeit wieder stärker ins öffentliche Geschichtsbewusstsein zu rücken, war ein durchaus gewünschter Randaspekt des Workshops. Im Vordergrund stand allerdings die Frage nach den Korrelationen der zwischen 1933 und 1989 verbreiteten Erinnerungskulturen und der aktuellen Debatte um die historische Verortung des wiedervereinigten Deutschlands. *Jutta Nowosadtko* (Hamburg) und *Sascha Möbius* (Magdeburg) wiesen in ihrem gemeinsamen Eröffnungsvortrag dabei auf drei aktuelle Beobachtungen hin: 1. Neigung zu einer „Nullpunkterinnerung“ – die Zäsur der nationalsozialistischen Katastrophe degradiere die deutsche Geschichte vor 1945 im öffentlichen Umgang zur „Vorgeschichte“; 2. Keine einheitliche Erinnerungskultur durch die divergierende deutsch-deutsche Entwicklung 1949-1989; 3. Kompensierung des Mangels durch Wiederaufgreifen eines vermeintlich „kanonischen Strangs der Nationalgeschichte“ in populären Geschichtsmedien. Die Historiker spielten hierbei, aufgrund der deutschen Vergangenheit, hingegen eher die Rolle des misstrauischen „advocatus diaboli“, der sich weniger der Identitätsbildung als der Dekonstruktion verpflichtet fühle. Dennoch, so Nowosadtko und Möbius, dürften sich Historiker der ernsthaften Auseinandersetzung nicht verschließen, vor allem da auch die in der Gesellschaft verankerte Geschichtswissenschaft Erinnerungskulturen generiere und tradiere. Das Verhältnis von Historiographie, Gesellschaft und Politik skizzierten sie im Anschluss zunächst anhand der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts und führten damit gleichzeitig dessen Komplexität vor Augen. Denn im NS-Regime gab es sowohl die Integration von Historikern in das „System des Völkermords“, Verfolgungen, Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung, als auch wissenschaftliche Unabhängigkeit, methodische Seriosität und innovative

Forschungsansätze. Die Mehrheit der NS-Historiker arbeitete nicht auf Grundlage der Rassenlehre, sondern in konservativ-nationalistischer Tradition des Kaiserreiches und der Weimarer Republik, in der es bereits eine völkisch ausgerichtete Geschichtswissenschaft gegeben hatte. Im direkten Vergleich stand die DDR-Geschichtsschreibung wesentlich stärker unter dem „Primat der Politik“. Sie war, anders als im Falle der NS-Historiker, unmittelbar in die Partei-Propaganda eingebunden, wobei sie auch alle Linienwechsel nachvollzog. Wissenschaftliche Freiräume gab es allenfalls bei Nischenthemen. Methodisch noch von den Traditionen des 19. Jahrhunderts geprägt, war die DDR-Historiographie zudem der Einheitsideologie verpflichtet, einem dogmatischen Marxismus-Leninismus und simplen Freund-Feind-Bild. Diese Form der Hell-Dunkel-Schematisierung machten sich Nowosadtko und Möbius nicht zu Eigen, als sie sich abschließend der Entwicklung in der Bundesrepublik zuwandten. Hierbei wiesen sie zunächst auf die deutlichen Kontinuitäten zum NS-Regime hin, augenfällig im reibungslosen Übergang vieler einschlägiger und einflussreicher Historiker wie Günther Franz (1902-1992) oder Theodor Schieder (1908-1984). Letztlich sei der Wissenschaftsbetrieb in Westdeutschland nach 1945 aber vom neuen demokratischen Selbstverständnis, einer Orientierung an der historisch-kritischen Methode, einer ausgeprägten Debattenkultur und einem entstehenden Pluralismus von Erinnerungskulturen geprägt worden.

Die erste der insgesamt drei Sektionen des Workshops, die nach den behandelten politischen Systemen unterteilt waren, behandelte die „Erinnerungskulturen im Nationalsozialismus“. Mit einem Vortrag zur Rezeption des Bauernkriegs zwischen 1933 und 1945 schloss *Jutta Nowosadtko* direkt an ihren Eröffnungsvortrag an. Sie wandte sich zunächst dem Bereich der geschichtswissenschaftlichen Forschung zu, wobei sie sich vertiefend auf den Agrarhistoriker und Bauernkriegsexperten Günther Franz konzentrierte. Noch in der Bundesrepublik erlebte dessen 1935 veröffentlichte Studie „Der deutsche Bauernkrieg“ zahlreiche „bereinigte“ Neuauflagen. Auch Franz selbst konnte seine Hochschulkarriere trotz einschlägiger NS-Vergangenheit als SS-Offizier fortsetzen und gehörte bis in die 1970er Jahre hinein zu den prägenden „Großhistorikern zum Bauernkrieg“. Bis heute wird der „Fall Franz“ unter Historikern kontrovers diskutiert, vor allem hinsichtlich der Frage, ob die politische Gesinnung und persönliche Verstrickung in das NS-Regime den Wert seiner wissenschaftlichen Arbeit schmälere. Im zweiten Teil ihres Vortrages führte Nowosadtko mit der Bauernkriegsepisode im von Alfred Ernst Rosenberg (1893-1946) produzierten „Kulturfilm“ „Ewiger Wald“ (1936) eine von den Nationalsozialisten genutzte populärmediale Vermittlungsform von Geschichte vor – wengleich der Streifen aufgrund seiner ästhetisch-intellektuell überzogenen Inszenierung die Publikumerwartungen nicht erfüllen konnte. Mit Hilfe des Filmausschnittes veranschaulichte Nowosadtko zudem das Verhältnis von NS-Propaganda und Historiographie. Dabei machte sie deutlich, dass es zwar in vielen Fällen zu einer „Amalgamisierung“ von Wissenschaft und Politik gekommen sei, die nationalsozialistische Führung aber auf eine umfassende Steuerung der Geschichtsschreibung verzichtet hätte. Die NS-Propaganda habe sich in der Regel selektiv aus den wissenschaftlichen Befunden bedient und diese in ihrem Sinne überhöht. Der Bauernkrieg bot in dieser Hinsicht für die Etablierung einer explizit nationalsozialistischen Erinnerungskultur nur wenige interessante Ansätze. Die Umsetzung in „Ewiger Wald“ zeige daher, bis auf wenige Ausnahmen, keine typisch nationalsozialistische Deutung des Ereignisses, sondern orientiere sich weitgehend am zeitgenössischen Forschungsstand.

Dass die preußische Geschichte der NS-Propaganda deutlich mehr Ansätze zur Nutzung bot, wurde im anschließenden Vortrag *Daniela Morgensterns* (Potsdam)¹ deutlich. Mit Blick auf die populäre Erinnerungskultur konzentrierte auch sie sich auf das Medium Film. Im Mittelpunkt der Ausführungen Morgensterns stand Veit Harlans „Der große König“ (1942), der die Geschichte Friedrichs II. im Siebenjährigen Krieg zeigt. Der Film gehört zu den größten Kassenerfolgen des NS-Regimes und wurde unter anderem als „Film der

¹ Morgenstern vertrat den kurzfristig erkrankten *Matthias Rogg* (Potsdam), auf dessen Forschungsergebnissen ihr Vortrag basierte.

Nation“ ausgezeichnet – nebenbei bemerkt, wird er auch heute noch weitgehend unkritisch als Historienfilm rezipiert. In einem Exkurs zum filmgeschichtlichen Kontext zeigte die Referentin, dass die Nationalsozialisten mit „Der große König“ an bereits vorhandene patriotisch-nationalistische Traditionslinien des frühen 20. Jahrhunderts anschlossen. Das Sujet lässt sich bis in die Frühzeit des deutschen Kinos zurückverfolgen. Bereits vor dem ersten Weltkrieg erschienen eine ganze Reihe patriotisch-nationalistischer Preußen-Filme, die alle zeitlich im Dunstkreis des Siebenjährigen Krieges oder der Antinapoleonischen Kriege angesiedelt waren. Als Helden präsentierten die Filme in der Regel König Friedrich II. oder Königin Luise. In der Weimarer Republik wurden allein 28 hochgradig politisch aufgeladene Preußen-Spielfilme produziert. Die Anlehnung an die Vorbilder zog sich bis in die Wahl der Schauspieler durch, sichtbar am Beispiel Otto Gebühr (1877-1954), der in den 1920er bis 1940er Jahren fest mit der Rolle des großen Preußenkönigs verachsen war. Dennoch weist die NS-Adaption eine klar erkennbare eigene Deutungsnote auf, wie Morgenstern in ihrer Inhaltsanalyse verdeutlichte. Entsprechend der im Vortrag Nowosadtkos dargestellten Praxis der nationalsozialistischen Propaganda, wurden in „Der große König“ ganz bestimmte Elemente der Ereignisse des 18. Jahrhunderts selektiert und – ohne Berücksichtigung historischer Evidenz – überhöht. Besondere Betonung fanden die Motive des „starken Führers“, der „geeinten Nation“, der „Abgrenzung von anderen Nationen“ sowie der „kriegerischen Aspekte“. In diesem Zusammenhang zeigt der Film eine Reihe geschichtlich schiefer Analogien (Gleichsetzung Friedrichs II. und Adolf Hitlers, Preußens und Deutschlands, des 30jährigen Krieges und Versailler Vertrages als „deutsche Tragödien“).

Noch stärker als der Siebenjährige Krieg waren die Antinapoleonischen Kriege in der deutschen Erinnerungskultur zwischen 1933 und 1945 verankert, wie *Maria Schultz* (Berlin) in ihrem Vortrag ausführlich und detailreich darlegte. Sie erweiterte den Fokus von Filmen auf weitere populäre „Erinnerungsmedien des Alltags“ und wies dabei auf den wichtigen Aspekt der Intermedialität hin. Ihr Schwerpunkt lag auf der Analyse von Sammelbildern mit historischen Motiven, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts massenhafte Verbreitung fanden und damit, so Schulz, eine nachhaltige Wirkung auf das „gesellschaftliche Bildgedächtnis“ der Zeit hatten. Mit weiteren Quellen wie Zeitungen, Biographien, Gedenkschriften, Liedern sowie historischen Romanen – während des Nationalsozialismus gab es über 80 Neuerscheinungen – belegte sie die Popularität des in der zeitgenössischen deutschen Erinnerungskultur äußerst positiv konnotierten Themas. Dabei verwies Schulz auf weit in das 19. Jahrhundert zurückreichende Traditionslinien. Aus einer zunächst durchaus heterogenen Deutung der Ereignisse zwischen 1813 bis 1815, die sich unter anderem in den begrifflichen Nuancen „Freiheitskriege“ (Kampf für Freiheit des Volkes und Durchsetzung bürgerlicher Rechte) bzw. „Befreiungskriege“ (Befreiung von Fremdherrschaft) äußerte, entstand, getragen durch die preußisch dominierte konservative Geschichtsschreibung, sukzessive ein homogenisierter Mythos einer „wehrhaften Erhebung der deutschen Nation“ mit den bekannten Symbolen, Protagonisten und Orten. In der Weimarer Republik wurden die Antinapoleonischen Kriege zum „zentralen Fixpunkt historischer Selbstverortung“. Das tradierte, in weiten Teilen verklärte Geschichtsbild, war, so konstatierte Schulz, bereits vor 1933 derart fest im kollektiven Gedächtnis verankert, dass die Nationalsozialisten keine genuin eigene, völlig neue Erinnerungskultur mehr etablieren konnten und im Grunde auch nicht mussten. Gerade hinsichtlich der „Mobilisierung der Bevölkerung“ bot der Mythos der Antinapoleonischen Kriege zahlreiche wirkungsvolle Motive, deren sich die NS-Propaganda gerne und häufig bediente. Angesichts der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der „Schmach“ des Versailler Vertrages beschworen die Nationalsozialisten mit Bezug auf die „Freiheitskriege“ zunächst die Kontinuität des „deutschen Schicksalskampfes“. Im Verlauf der zunehmenden Rückschläge im Zweiten Weltkrieg richtete sich die NS-Propaganda dann verstärkt auf die „Kampf- und Opferbereitschaft“ im „totalen Krieg“ und die „Einbeziehung der Zivilbevölkerung“. Letztlich, darauf wies Schultz wiederholt hin, war die Erinnerungskultur an den traditionellen deutschen Mythos der Antinapoleonischen Kriege aber kein nationalsozialistisches Reservat. Denn auch Regimegegner nahmen in ihren Schriften, nicht selten in direkter Reaktion auf die besagte NS-Propaganda, häufig auf die „Befreiungskriege“ Bezug – freilich mit umgekehrter Intention und anderen Akzenten.

Inhaltlich unmittelbar an die Ausführungen Schultzes schloss der Vortrag *Linda Brauns* (Bielefeld) an, die interessante, weitgehend bestätigende Ergänzungen zum Thema lieferte. Im Mittelpunkt stand mit der von Ludwig Justi (1876-1957) und Mathias Goeritz (1915-1990) konzipierten Ausstellung „Großdeutschlands Freiheitskampf 1813-1815“, die 1940 in der Nationalgalerie Berlin gezeigt wurde, eine weitere Spielart der Inszenierung von Geschichte und Erinnerungen. Ihre Ausführungen stützte Braun auf die Auswertung des Ausstellungskataloges, überlieferte zeitgenössische Fotografien und – hinsichtlich der Rezeption – auf Besucherkommentare sowie vom deutschen Lehrerbund herausgegebene didaktisch aufbereitete Folgepublikationen. Die Erwartungen bestätigend war die Konzeption der Ausstellung im höchsten Maße tendenziös und folgte ganz der Linie der NS-Propaganda zum kurz zuvor begonnenen Zweiten Weltkrieg. Anachronistisch setzten die Ausstellungsmacher, wie Braun an vielen Beispielen darlegte, die historische und gegenwärtige Situation gleich, wobei sie vermeintliche Kontinuitäten ohne Berücksichtigung eventueller Epochenbrüche hervorhoben. Betonung fanden in diesem Zusammenhang die Motive des Zusammenhaltes, der geistigen Haltung der Bevölkerung (völkischer Gedanke), der Bedrohung der Deutschen, des Widerstandes aus eigener Kraft (ohne äußere Unterstützung), des Wehrwillens (Motto: „Alles oder nichts“) und der spontanen Kampfbereitschaft der Bevölkerung. Hinsichtlich der gezeigten Objekte, vor allem Gemälde und Skulpturen, konzentrierten sich Justi und Goeritz auf die einschlägig bekannten Symbole, Protagonisten und Orte (Schlachtendarstellungen). Die Kommentare zur Ausstellung, die häufig von Veteranen des Ersten Weltkrieges stammten, würdigten vor allem die „Darstellung der großen Männer“. Die Wirksamkeit personalisierter Erinnerung und dadurch kommunizierter „Ideale“ nutzten die Nationalsozialisten ferner an anderen Stellen, zum Beispiel bei Gebäudeumbenennungen. Auch hierbei spielten Protagonisten der Freiheitskriege eine wichtige Rolle, wie Braun am Beispiel des 1938 umbenannten Bonner Gymnasiums in „Ernst-Moritz-Arndt-Schule“ illustrierte. Zum Abschluss des Vortrages zeigte die Referentin am Beispiel der inhaltlichen Veränderungen der militärgeschichtlichen Beiträge in den Neuauflagen von Wilhelm Reiberts Handbuch „Der Dienstunterricht im Heere“ wie die nationalistisch akzentuierte Lesart der Antinapoleonischen Kriege als „Freiheitskampf des deutschen Volkes“ („Volksheer“) und Ausdruck eines „völkischen Nationalismus“, der sich die Nationalsozialisten bedienten, in die Erinnerungskultur der Wehrmacht einging.

Die zweite Sektion leitete *Friedrich Winterhager* (Hildesheim) ein, der sich in seinem Vortrag mit den Besonderheiten der DDR-Erinnerungskultur zum Bauernkrieg auseinandersetzte. Dabei verwies er zunächst auf die Traditionslinien der DDR-Geschichtswissenschaft zum Thema, die er bis in die frühe Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts zurückverfolgte. Insbesondere erinnerte Winterhager an die prägenden Schriften Friedrich Engels („Der deutsche Bauernkrieg“, 1850) sowie August Bebels (1876). Vor allem die „klassenkämpferischen Elemente“ machten den Bauernkrieg für die marxistisch-leninistisch dominierte DDR-Historiographie interessant. In diesem Zusammenhang entstand die These des Bauernkrieges als „Frühbürgerlicher Revolution“ mit Thomas Müntzer als zentralem Protagonisten. Die politische Führung, die aus Gründen der staatlichen Legitimation anschlussfähige Traditionen in der deutschen Geschichte suchte, etablierte auf Basis dieser Perspektive eine offizielle Erinnerungskultur, in der sich die DDR als späte Vollendung der 1526 gescheiterten „Frühbürgerlichen Revolution“ präsentierte. Im Vergleich mit dem NS-Regime zeigte sich Winterhager zufolge in der DDR ein sichtbarer Wandel im (propagandistischen) Umgang mit dem Bauernkrieg, der sich im „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu einem Zentralereignis nationaler Identifikation entwickelte. Deutlich wurde zudem, dass der Einfluss der Politik auf die Forschung und dem ihr zugrundeliegenden Weltbild sehr viel direkter war und weit über die im Nationalsozialismus übliche Selektion und Überhöhung wissenschaftlicher Erkenntnisse hinausging. Im zweiten Teil seines Vortrages wandte sich Winterhager den Relationen zwischen der offiziellen Lesart und der populären Erinnerungskultur zu, wobei er an zahlreichen Beispielen zeigte, dass die These vom Bauernkrieg als „Frühbürgerliche Revolution“ sämtliche Bereiche des Gedenkens durchdrang. Sie fand Eingang in das Ostberliner Museum für Deutsche Geschichte oder das berühmte Bauernkriegspanorama des Malers Werner Tübke (1929-2004) in Bad Frankenhausen. Sie prägte Dramen, Erzählungen und Romane, vereinzelt auch Filme sowie die Kinder- und Jugendliteratur. Die

personalisierte Erinnerung konzentrierte sich wesentlich auf Thomas Müntzer, dessen Portrait Denkmäler, Gedenkmedaillen, Münzen, Geldscheine und Briefmarken zierte.

Anders als dem Bauernkrieg, der im DDR-Regime ungeachtet der damit verbundenen Gräueltaten insgesamt positiv konnotiert war, hing dem friderizianischen Preußen des Siebenjährigen Krieges, trotz der Relevanz für die Geschichte des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, aus Sicht der DDR-Geschichtsschreibung der Makel der „historischen Fehlentwicklung“ an (Misere-Theorie). Die Beschäftigung mit dem reaktionären, von „Untertanengeist“, „devotem Obrigkeitsdenken“, „Militarismus“ und „Aggression“ geprägten Preußentum war nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Mitte der 1970er Jahre politisch unerwünscht und diente allenfalls der eigenen Abgrenzung, wie *Astrid Ackermann* (Jena) und *Sascha Möbius* (Magdeburg) in ihrem Gemeinschaftsvortrag hervorhoben. Ihre Ausführungen konzentrierten sich vor allem auf die geschichtspolitische (nationale) Wende der DDR 1979/80, die bedeutende Veränderungen zumindest für die wissenschaftliche Erinnerungskultur zur preußischen Geschichte des 18. Jahrhunderts mit sich brachte. Mit der Forcierung eines historiographischen Perspektivwechsels, einer neuen „Erbe-Traditions-Diskussion“, zielte die politische Führung, nicht zuletzt aufgrund zunehmend sichtbarer Schwächen im Ostblock, auf eine nationale Stabilisierung durch die Stärkung identifikatorisch-legitimatorischer Aspekte. Diese Entwicklung ging, wie Ackermann und Möbius zeigten, mit einer „Inkorporation traditioneller Orte und Personen der deutschen Geschichte“ einher, wobei nun auch die herrschenden Klassen in die „Grundkonzeption der deutschen Arbeiterbewegung“ eingebunden wurden. Dabei wies die neue, verstärkt an geschichtswissenschaftliche Traditionen des 19. Jahrhunderts anknüpfende DDR-Nationalgeschichte einen starken preußisch-sächsischen Bezug auf. Wohl nicht zuletzt deshalb fanden hinsichtlich der preußischen Historie nun auch deren fortschrittliche Elemente in Kultur, Wissenschaft, Rechts- und Wirtschaftspolitik sowie deren militärische Innovationen Berücksichtigung. Darüber hinaus etablierte sich in den 1970er Jahren ein deutlich positiver konnotiertes Bild Friedrichs II., was sich auf symbolpolitischer Ebene in der Wiedererrichtung des Reiterstandbildes in Ost-Berlin 1980 äußerte. Dennoch habe es, unterstrichen Ackermann und Möbius, in der DDR aufgrund der NS-Vergangenheit „Grenzen nationaler Geschichtsschreibung“ gegeben, die eine radikale nationalistische Übersteigerung wie in der ansonsten als Vorbild herangezogenen Sowjetunion verhindert hätten. In der Frage nach dem „besseren Deutschland“, den Lehren aus der Geschichte des Militarismus und einer aggressiv-expansiven Außenpolitik, wollte sich das DDR-Regime propagandistisch auch weiterhin von der „reaktionären“, „faschistoiden“ und „nationalistischen“ Bundesrepublik abgrenzen können. Trotz der vorsichtigen Öffnung der Geschichtswissenschaft, die auch neue Möglichkeiten der Debatte mit bundesrepublikanischen Historikern eröffnete, ist es daher kein Zufall, dass die wissenschaftliche Neuausrichtung keinen Niederschlag im Schulunterricht fand – mit Auswirkungen auf das historische Wissen mehrerer Schülergenerationen. Mit der Einbeziehung der Lehrvorgaben machten Ackermann und Möbius auf eine wichtige Quelle zur Analyse der politischen Infiltration von Erinnerungskultur aufmerksam.

Im Abschlussvortrag zur zweiten Sektion widmete sich *Mathias Tullner* (Magdeburg) der herausgehobenen Rolle der Antinapoleonischen Kriege in der offiziellen Erinnerungskultur der DDR. Ähnlich wie der Bauernkrieg gehörten die Befreiungskriege zu den wenigen kontinuierlich positiv konnotierten historischen Ereignissen, die der erwähnten Misere-Theorie, die große Teile der deutschen Historie als „Irrweg“ hin zum NS-Regime charakterisierte, enthoben war. In den Befreiungskriegen habe die DDR-Geschichtswissenschaft hingegen einen der wenigen fortschrittlichen „Lichtpunkte deutscher Geschichte“ gesehen, erklärte Tullner. Betonung fanden die Aspekte des „freiheitlichen Volksaufstandes“ bzw. der „freiheitlichen Volksbewegung“. In ihrem Selbstverständnis als „Verkörperung der progressiven Traditionen“ deutscher Historie griff die DDR-Führung dieses Erbe daher gerne auf. Hinzu kam, dass die Befreiungskriege tief in der preußisch-deutschen Erinnerungskultur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verwurzelt waren, wie bereits die vorhergegangenen Vorträge belegten. Darüber hinaus habe sich das Thema hervorragend für die Etablierung einer Tradition deutsch-russischer bzw. deutsch-sowjetischer Waffenbrüderschaft mit siegreichem Ausgang unter der

Betonung der sowjetischen Führungsrolle geeignet. Diese Lesart der Befreiungskriege änderte sich bis 1989 nicht grundsätzlich. Die bereits dargestellte geschichtspolitische Wende Ende der 1970er Jahre, welche die Misere-Theorie zugunsten einer neuen Nationalgeschichte zurückdrängte, relativierte allerdings zunehmend den Sonderstatus der Antinapoleonischen Kriege. Die Suche nach neuen progressiven Traditionslinien zur Etablierung einer „nationalen Legende“, welche die Darstellung der DDR als „Krönung deutscher Geschichte“ rechtfertigte, erweiterte den Forschungshorizont deutlich. Dies habe zu einem sachlicheren Umgang mit den Befreiungskriegen geführt, die im Verlauf der 1980er Jahre letztlich in den „Gesamtgang deutscher Geschichte“ eingebunden worden seien. In diesem Zusammenhang bestätigte Tullner das von seinen Vordnern beobachtete, erinnerungskulturell interessante Phänomen, dass der Geschichtsunterricht von der geschichtspolitischen Wende und dem damit einhergehenden Perspektivwechsel der DDR-Historiographie weitgehend unberührt blieb.

Die „Erinnerungskulturen in der Bundesrepublik“ bis 1989 waren Thema der letzten Sektion des Workshops. *Sabine Todt* (Hamburg) zeichnete im ersten Vortrag die Entwicklung des universitär-historiographischen Umgangs mit dem Bauernkrieg nach, die sie in ihren Ausführungen als ein Stück deutsch-deutscher Wissenschaftsgeschichte präsentierte. Die Bauernkriegsforschung mit ihren divergierenden Deutungstraditionen (nationalistisch-konservativ/Arbeiterbewegung) gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wichtigsten geschichtswissenschaftlichen und -politischen Fronten zwischen Ost und West auf der Suche nach historischen Identifikationsfiguren und Abgrenzungsmöglichkeiten der Systeme und Weltansichten. Thomas Müntzer und der These von der „Frühbürgerlichen Revolution“ stellte die bundesrepublikanische Historiographie Martin Luther entgegen, verbunden mit einer deutlichen Negativperspektive auf das Ereignis des Bauernkrieges („Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“). Die starken gegenseitigen (politischen) Ressentiments führten nach Darstellung Todts in den 1950er Jahren zum Scheitern sämtlicher Dialogversuche zwischen Ost- und Westforschung. Erst im Zuge der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansätze in den späten 1960er und 1970er Jahren, die zu einer verstärkten Rezeption auch der marxistischen Forschungsliteratur führten, habe sich das Klima spürbar geändert. Mit Blick auf die Bauernkriegsforschung verwies Todt hierbei vor allem auf den „Hamburger Sonderweg“, die Arbeiten Rainer Wohlfeils und seines Umfeldes. Aus der Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Historiographie entstand 1972 der vielbeachtete Sammelband „Reformation oder frühbürgerliche Revolution“. Zum 450jährigen Jubiläum des Bauernkrieges trafen 1975 in Memmingen schließlich West- und Osthistoriker direkt zusammen, was, wenn auch keine Einigung in zentralen Fragen der Bewertung des Bauernkrieges, so doch zu fruchtbaren Diskussionen und in der Folge zu regelmäßigen kollegialen Kontakten, einem Schriftentausch und zahlreichen neuen Studien geführt habe, wie Todt mit Bezug auf Zeitzeugengespräche darlegte. Insgesamt, dies machte der Vortrag allerdings auch deutlich, blieb die Wirkung der neuen Ansätze und Lesarten der bundesrepublikanischen Bauernkriegsforschung begrenzt. Dies gilt sowohl für die breite öffentliche Erinnerungskultur, in der die Ereignisse zwischen 1524 und 1526 allenfalls vage und wenn, dann pejorativ verhaftet blieben, als auch für den universitären geschichtswissenschaftlichen Gesamtbetrieb. Letztlich, gab Todt zu bedenken, konnte sich der innovative Teil der Historiker nicht durchsetzen. Bis heute sei die Deutung des Bauernkrieges und der Reformation daher überwiegend von den kirchengeschichtlichen Seminaren bestimmt. Dies äußere sich, so die Referentin, in der kontinuierlichen Zentrierung auf die Person Luthers, was im Ausruf der „Lutherdekade“ im Vorfeld des 500. Jahrestages der Reformation 2017 seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden habe.

Eine Renaissance der Forschung zum Siebenjährigen Krieg konstatierte *Marian Füssel* (Göttingen) mit Blick auf die Entwicklungen in der zunehmend von sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansätzen geprägten neueren Militärgeschichte der vergangenen Jahre, nachdem die bundesrepublikanische Erinnerungskultur zu diesem Thema vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis um die Jahrtausendwende „zwischen lokalem Gedächtnis und kollektivem Vergessen“ oszilliert habe. Neben der wissenschaftlichen Ebene bezog er in seine

Überlegungen dabei auch die populären und öffentlichen Dimensionen des Erinnerns ein. Ähnlich wie in der DDR-Forschung stieß das Thema des Siebenjährigen Krieges nach der Überwindung des NS-Regimes aufgrund seiner Nähe zu Nationalismus und Militarismus auf weitgehende Ablehnung in den historischen Instituten der Bundesrepublik. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der preußischen Geschichte des 18. Jahrhunderts richtete sich allenfalls auf die Person Friedrichs II., die unumgehbaren kriegerischen Zentralereignisse oder die Diplomatiegeschichte. Geringe, seit den 1950er Jahren sogar noch weiter abnehmende Resonanz hatte das Thema auch in der zeitgenössischen Schulbuchliteratur, wie Füssel zeigte. Ein ganz anderes Bild hingegen konnte er hinsichtlich der populären Erinnerungskultur präsentieren, wobei er – wie Maria Schultz – auf intermediale Bezüge hinwies. So erfreue sich der Siebenjährige Krieg unter Militaria- und Zinnfiguren-Sammlern, in der Reenactment-Szene und der Spieleindustrie (Brett- und Computerspiele) eines bis heute ungebrochenen Interesses – mit nicht zu unterschätzenden Wirkungen auf das Geschichtsbild. Ähnliches gelte für das öffentliche Gedenken in der Bundesrepublik. Füssel verwies in diesem Zusammenhang einerseits auf den Traditionskanon der Bundeswehr, andererseits machte er auf die starke lokale Erinnerungskultur an den ehemaligen Schauplätzen des Krieges aufmerksam, die sich in Ausstellungen, (Heimat-)Museen, Festveranstaltungen und zahlreichen stadt- und regionalgeschichtlichen Schriften äußere. Vor allem Jubiläen würden in diesem Zusammenhang zum „Motor der Erinnerung“. Die allgemeine historische Diskussion blieb von diesen regional beschränkten Formen der Erinnerungskultur allerdings weitgehend unberührt. In diesem Zusammenhang suchte Füssel den internationalen Vergleich mit anderen ‚betroffenen‘ Nationen und deren Umgang mit dem Siebenjährigen Krieg. Dabei konnte er lediglich im angloamerikanischen Raum ein starkes Forschungsinteresse an dem Thema ausmachen. Österreich und Frankreich wiesen indessen eine ähnlich verhaltene wissenschaftliche Erinnerungskultur wie die Nachkriegs-Bundesrepublik auf. Dass sich diese im nunmehr wiedervereinigten Deutschland sichtlich wandele, wertete Füssel als Folge von „Jubiläumseffekten“ sowie als Zeichen eines veränderten politischen Klimas, das sich auch in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr äußere. In Bezug auf Forschungsperspektiven zum Siebenjährigen Krieg im „globalen Zeitalter“ wies der Referent abschließend auf Möglichkeiten der verstärkten Einbeziehung der weltgeschichtlichen Dimension des Ereignisses hin.

Stephan Huck (Wilhelmshaven) schloss den Vortragsteil des Workshops schließlich mit einem Beitrag zur Stellung der Befreiungskriege in der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung nach 1945 wurde das Thema ähnlich dem Siebenjährigen Krieg nahezu nicht berücksichtigt, wie der Referent ausführte. Aber auch in den populären Medien blieb die Resonanz gering. Weder in Spielfilmen, noch in Ausstellungen oder Fernsehdokumentationen zur deutschen Geschichte sei das Thema nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über ein Nischendasein hinausgekommen. Auch in diesem Fall spielten dabei laut Huck die emotionale Aufladung des „Phänomens Krieg“ und die nationale Vereinnahmung der Antinapoleonischen Kriege bis zum Ende des NS-Regimes in Verbindung mit deren „Historisierung“ und „Entevolutionierung“ eine wichtige Rolle. Lediglich in der bereits erwähnten Reenactment-Szene wäre das Gedenken an die Ereignisse zwischen 1813 bis 1815 bis heute publikumswirksam lebendig gehalten worden. Dabei gab Huck allerdings zu bedenken, dass deren touristischer Erfolg nicht zwingend mit einem wirklichen Interesse am historischen Gegenstand einher ginge. Unter dem Strich waren und sind die Befreiungskriege seiner Ansicht nach im „kollektiven Bewusstsein“ der Bundesrepublik nur noch „am Rande präsent“. Vorherrschend sei indessen ein diffuses, von Licht und Schatten geprägtes Preußenbild, wobei allerdings – den Ausführungen Füssels folgend – eine allmähliche Aufhellung erkennbar sei. Im zweiten Teil seines Vortrages blickte Huck auf die Rolle der Befreiungskriege in der Traditionspflege der Bundeswehr. Neben dem militärischen Widerstand gegen das NS-Regime und der eigenen Bundeswehrgeschichte gehören die Zeit der Befreiungskriege und die preußischen Reformen zu den drei offiziellen Traditionssäulen der Bundeswehr. Dennoch nimmt das Thema, wie Huck zeigte, auch hierbei eine bis heute deutlich untergeordnete Stellung ein. Die Erbe-Debatte sei seit der Bundeswehrgründung 1955 vielmehr nahezu ausschließlich durch die Auseinandersetzungen mit der Wehrmachts-Vorgeschichte bestimmt. Lediglich vereinzelt habe es

Versuche gegeben, das Zeitalter der Befreiungskriege, vor allem hinsichtlich der Reformen, im Traditionsbewusstsein zu verankern. Als Beispiele nannte Huck die Benennung von Liegenschaften nach historischen Protagonisten, die Stiftung des Scharnhorstpreises an der Offiziersschule des Heeres oder die Übernahme von Symbolen wie des 1813 gestifteten Eisernen Kreuzes als Signet der Bundeswehr. Eine nachhaltige inhaltliche Auseinandersetzung damit fehle aber bislang. So bliebe das Thema auch in der Erinnerungskultur der Bundeswehr bis heute ein „Reservatbezirk der Intellektuellen und politischen Elite“ ohne Breitenwirkung.

Während die Vorträge die historische Dimension der Interdependenzen zwischen Erinnerungskulturen, gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen, Identität und kollektivem Gedächtnis behandelten, schlug die an die letzte Sektion anschließende Podiumsdiskussion, in die auch das Publikum einbezogen wurde, eine Brücke in die Gegenwart des wiedervereinigten Deutschlands. Aus aktueller Perspektive wurden hier zunächst nochmals die Bedeutung von Geschichte für die nationale und persönliche Selbstverortung und die potentiellen Konsequenzen einer historischen Identitätsbildung für die Demokratie thematisiert. Unter Leitung von Moderator *Sascha Möbius* diskutierten darüber Senator a. D. *Reinhard Soltau*, Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die Hamburger Historikerin und Fernsehjournalistin *Viktoria Urmersbach* sowie *Heike Duisberg*, Leiterin des Projektes „Gelebte Geschichte 1804“ im Freilichtmuseum am Kiekeberg. Unterstrichen wurde in der Debatte die Notwendigkeit der Beschäftigung mit der eigenen Geschichte für die Etablierung substantieller Positionen, durch die erst die demokratische Auseinandersetzung mit anderen Ansichten möglich sei. Tendenzen zur Überhöhung der eigenen Identität mit der Abqualifizierung anderer müsse die Gesellschaft aber entgegenwirken: Aus identifikatorischer Abgrenzung dürfe keine Ausgrenzung entstehen. In Bezug auf die Nachhaltigkeit von Geschichtsbildern wurde im Rückblick auf den Workshop dabei aber auch auf die Relativität von Erinnerungskulturen hingewiesen. Im zweiten Teil der Veranstaltung berichteten Soltau, Urmersbach, Duisberg und Möbius aus ihrer jeweiligen praktischen Erfahrung (Gedenkstätten, Museen, Fernsehjournalismus) in der erfolgreichen Vermittlung von Geschichte an eine breite Öffentlichkeit. Trotz der unterschiedlichen Ausformungen wurden hierbei interessante Parallelen in den Konzepten offenkundig. Denn sämtliche Ansätze fußen wesentlich auf Elementen einer Personalisierung und Versinnlichung von Geschichte. Ihnen ist die mit Blick auf die vorangegangenen Tagungsvorträge keineswegs neue Idee gemein, (abstrakte) Geschichtsthemen mit konkreten Orten und Namen zu verbinden. Alle Konzepte suchen einen biographischen und emotionalisierenden Zugang zur Geschichte.

Insgesamt zeigten die Ergebnisse des Workshops, dass die Besonderheiten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert – die nationalsozialistische Diktatur, die durch Holocaust und kriegerische Expansionspolitik nicht wegzudenkende Narben im historischen Bewusstsein hinterließ, die darauffolgende divergierende Entwicklung der deutschen Teilstaaten, in denen die weltanschauliche Trennung von Ost und West beispiellos verdichtet war, sowie die Wiedervereinigung und die Suche nach einer gemeinsamen Identität – die Phase zwischen 1933 und 1989/90 für eine vergleichende wissenschaftliche Untersuchung zu Erinnerungskulturen und deren Einflussfaktoren geradezu prädestiniert. Dazu lieferten die Beiträge, die eine Reihe interessanter Traditionslinien, Parallelen und Brüche ans Licht förderten, fruchtbare Ansätze. Hervorzuheben ist, dass über die geschichtswissenschaftliche Erinnerungskultur hinaus auch die Sphären des populären und öffentlichen/offiziellen Umgangs mit Geschichte in die Überlegungen einbezogen wurden. Besonders lohnend erscheint zudem die genauere Betrachtung der unterschiedlichen Formen und Medien der Erinnerung, deren Wechselwirkung (Intermedialität) und die Einbeziehung von Fragen zur Rezipientenseite.

Eine Publikation der Beiträge ist geplant.

Kai Lohsträter

Kontakt:

Kai Lohsträter, M.A.
Helmut-Schmidt-Universität /
Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU HH)
Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg
Tel.: +49 40 / 6541-2365
Fax : +49 40 / 6541-2059
E-Mail: loh@hsu-hh.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2009.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München
Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2009, Nr.031
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2009/031-09.pdf>